

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 01/2016 vom 22. Januar 2016, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Thomas Hiltbold (bis zur Wahl des neuen Stadtratspräsidenten) Stadtratspräsident Matthias Wiedmer Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Renate Schneider
Entschuldigt	Stadträte Michael Dähler, Lukas Lanzrein und Daniel Schenk
Schluss der Sitzung	19:10 Uhr

Thomas Hiltbold eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung im Jahr 2016. Speziell heisst er Katharina Ali-Oesch (SP) als neue Stadträtin willkommen.

1. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. Dezember 2015

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

2. Wahl des Stadtratsbüros 2016

a) Stadtratspräsidium

Serge Lanz, **SVP/FDP-Fraktion**, schlägt *Matthias Wiedmer (SVP/FDP)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Matthias Wiedmer (SVP/FDP) einstimmig zum Stadtratspräsidenten. Die Anwesenden gratulieren Matthias Wiedmer mit grossem Applaus zur Wahl.

Stadtratspräsident Matthias Wiedmer ist über das Vertrauen des Rats erfreut und nimmt die Wahl dankend an. Er freut sich, den Stadtrat während einem Jahr leiten und die Stadt Thun offiziell vertreten zu dürfen. Bei seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen bedankt er sich für die Unterstützung.

Der Stadtratspräsident dankt seinem Vorgänger Thomas Hiltbold im Namen des Stadtrates für seine kompetente, souveräne Arbeit und seinen Einsatz als Stadtratspräsident im vergangenen Jahr. Ob sich sein Wunsch anlässlich der Antrittsrede im Januar 2015, dass man sich im Stadtrat besser zuhören und nicht bereits mit einer vorgefassten Meinung an die Stadtratssitzungen kommen soll, tatsächlich erfüllt hat, lässt Matthias Wiedmer offen. Während dem Präsidialjahr hat Thomas Hiltbold eine flammende Rede zu einem Sachgeschäft gehalten, was eher selten für einen Stadtratspräsidenten ist. Diese Rede inspirierte zu einem Geschenk. Der Stadtratspräsident überreicht Thomas Hiltbold einen Gutschein für ein Essen im Schadaupark sowie einen kleinen Baum mit Pflegesetz. (Applaus)

Thun als Stadt am Wasser zu stärken, ist eines der Ziele dieser Legislaturperiode. Wasser hat für Herrn Wiedmer seit Kindesjahren an eine spezielle Bedeutung. Die Stadt Thun ist heute ein modernes Kreuzfahrtschiff. Während einem Jahr darf er Kapitän dieses Schiffes sein. Er versichert, dass er das Steuerrad nicht neu erfinden wird. Er hofft auf ruhige Gewässer, ist sich aber bewusst, dass es zeitweise auch stürmisch werden könnte. Seine Vorgänger haben sich gewünscht, dass sich die Stadträtinnen und Stadträte besser zuhören und versuchen, Kompromisse zu finden. Darauf hofft er selbstverständlich auch. Seiner Meinung nach herrscht im Rat ein äusserst gutes Klima. Herr Wiedmer ist überzeugt, dass alle Ratsmitglieder nur das Beste für Thun wollen. Jedoch gibt es in der Politik wie auch beim Segeln nicht nur einen richtigen Kurs. Er hofft, dass der Rat den gleichen Kurs finden kann, um die schöne Stadt Thun vorwärts zu bringen. Auch in diesem Jahr werden unter anderem die knappen Finanzen, die Ortsplanungsrevision und die Flüchtlingskrise den Thuner Stadtrat beschäftigen. Herr Wiedmer hofft auf die Unterstützung des Stadtrates in seinem Präsidialjahr. Von der Bevölkerung wünscht er sich mehr Einsatz für die Gesellschaft und ein grösseres Interesse an der Politik. Er freut sich auf offene, spannende Diskussionen und viele interessante Begegnungen. (Applaus)

b) Erstes Vizepräsidium

Piero Catani, **SP-Fraktion**, schlägt *Sandra Rupp Gyger (SP)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Sandra Rupp Gyger (SP) einstimmig zur ersten Vizepräsidentin.

c) Zweites Vizepräsidium

Verena Schneider, **Fraktion der Mitte**, schlägt *Andreas Kübli (FdM)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Andreas Kübli (FdM) einstimmig zum zweiten Vizepräsidenten.

d) Zwei Stimmzähler/Stimmzählerinnen

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, schlägt *Simon Werren (BDP)* zur Wahl vor.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, schlägt *Till Weber (Grüne)* zur Wahl vor.

Der Rat wählt Simon Werren (BDP) und Till Weber (Grüne) einstimmig als Stimmzähler.

Der Stadtratspräsident gratuliert allen Gewählten und wünscht ihnen viel Erfolg und Freude im Amt.

Die Wahl des Stadtratsbüros wird durch eine Einlage einer Treichlergruppe aus Grindelwald abgeschlossen.

Sitzungsunterbruch von 17:20 bis 17:50 Uhr (Wahlapéro)

3. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl SAKO Bildung Sport Kultur anstelle von Nora Läng (SP)

Piero Catani, **SP-Fraktion**, schlägt *Katharina Ali-Oesch (SP)* zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SP-Fraktion, beschliesst:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur (BiSK) wird als Mitglied anstelle von Nora Läng (SP) per sofort gewählt: Katharina Ali-Oesch (SP).

4. Stadträtliche Kommissionen 2016 - 2018

Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der Sachkommissionen (Artikel 21 Geschäftsreglement Stadtrat)

Der Rat, gestützt auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und in Anwendung von Artikel 21 des Geschäftsreglementes des Stadtrates, beschliesst einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Die Präsidien und Vizepräsidien der fünf Sachkommissionen werden wie folgt gewählt:

a) SAKO P+F	Präsidium	Thomas Hiltbold	Grüne
	Vizepräsidium	Nicole Krenger (glp)	FdM
b) SAKO B+L	Präsidium	Philipp Deriaz (SVP)	SVP/FDP
	Vizepräsidium	Franz Schori	SP
c) SAKO BiSK	Präsidium	Manfred Locher (EDU)	FdM
	Vizepräsidium	Susanna Ernst-Reusser	BDP
d) SAKO Si+So	Präsidium	Piero Catani	SP
	Vizepräsidium	Daniel Schenk (SVP)	SVP/FDP
e) SAKO StE	Präsidium	Peter Aegerter	BDP
	Vizepräsidium	Andrea de Meuron	Grüne

5. Spezialkommission Teilrevision Geschäftsreglement Stadtrat

Grundlage: Protokoll der Stadtratspräsidienkonferenz Mitglieder: 3 SVP/FDP, 2 SP, je 1 FdM, BDP, Grüne

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass durch die Teilrevision unter Umständen auch das Verhältnis Stadtrat zu Gemeinderat betroffen sein könnte. Der Gemeinderat bittet die Spezialkommission, vorgängig den Gemeinderat anzuhören, damit die Kommission die Teilrevision in Kenntnis aller Umstände vornehmen und allenfalls auch die Haltung des Gemeinderates einbeziehen kann.

Der Rat wählt die folgenden Mitglieder einstimmig in die Spezialkommission Teilrevision Geschäftsreglement Stadtrat und wählt das Präsidium und Vizepräsidium:

Matthias Wiedmer (SVP)	SVP/FDP	
Reto Schertenleib (SVP)	SVP/FDP	
Lukas Lanzrein (SVP)	SVP/FDP	Präsidium
Franz Schori	SP	
Piero Catani	SP	
Nicole Krenger (glp)	FdM	Vizepräsidium
Peter Aegerter	BDP	
Thomas Hiltbold	Grüne	

6. Spezialkommission elektronisches Abstimmungssystem Stadtrat

Grundlage: Protokoll der Stadtratspräsidienkonferenz Mitglieder: 3 SVP/FDP, 2 SP, je 1 FdM, BDP, Grüne

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, hält fest, dass sich die Fraktion bezüglich der vorgeschlagenen Mitglieder einig ist, jedoch nicht über die Zuteilung des Vizepräsidiums. Bei der Spezialkommission Teilrevision Geschäftsreglement geht das Präsidium an eine rechte Fraktion, das Vizepräsidium an eine Mittepartei. Bei der Spezialkommission elektronisches Abstimmungssystem ist eine linke Partei für das Präsidium vorgeschlagen und eine rechte Partei als Vizepräsidium. Er schlägt *Peter Aegerter (BDP)* als Vizepräsident der Spezialkommission elektronisches Abstimmungssystem vor, damit eine Mittepartei vertreten ist.

Serge Lanz (SVP/FDP) beantragt einen kurzen Sitzungsunterbruch.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Serge Lanz (SVP/FDP) zieht seine Kandidatur als Vizepräsident der Spezialkommission elektronisches Abstimmungssystem Stadtrat im Sinne einer Konsensfindung zurück. Die Lösungsfindung in der Kommission wird entscheidend sein und nicht die Zuteilung des Vizepräsidiums.

Der Rat wählt die folgenden Mitglieder einstimmig in die Spezialkommission elektronisches Abstimmungssystem Stadtrat:

Simon Schweizer (SVP)	SVP/FDP
Michael Dähler (SVP)	SVP/FDP
Serge Lanz (FDP)	SVP/FDP
Martin Allemann	SP
Sabine Kaufmann	SP
Jonas Baumann (EVP)	FdM
Peter Aegerter	BDP
Till Weber	Grüne

Der Rat wählt das Präsidium und das Vizepräsidium einstimmig bei einer Enthaltung wie folgt:

Präsidium:	Allemann Martin
Vizepräsidium:	Peter Aegerter

7. Verkehrsanlagen, Umgestaltung Kreuzung Pestalozzi-, Waisenhaus- und Gurnigelstrasse

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 465'000 Franken für die Umgestaltung einer Kreuzung und gleichzeitige Genehmigung des Projekts

Bericht des Gemeinderates Nr. 1/2016

Simon Werren, **SAKO B+L**, hält fest, dass die Fussgängerstreifen an der Kreuzung Pestalozzi-, Waisenhaus- und Gurnigelstrasse nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Für einen Kreisel reichen die Platzverhältnisse nicht aus. Bei der vorgeschlagenen Lösung handelt es sich um eine einmalige Neugestaltung in Thun. Im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan sind 500'000 Franken für das Projekt reserviert. Die SAKO B+L stimmt dem Verpflichtungskredit von 465'000 Franken einstimmig zu.

Für die **BDP-Fraktion**, so Simon Werren, ist die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger wichtig. Das Projekt, welches gleichzeitig fünf Fussgängerstreifen verbessern kann, ist sinnvoll. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, hält fest, welche Gegenleistung die Bevölkerung für den Verpflichtungskredit von 465'000 Franken erhält: Eine grössere Schulwegsicherheit, die Sanierung von fünf kritischen Fussgängerstreifen, ein faktisches Überholverbot bei den Bushaltestellen dank Mittelinseln, eine moderne Beleuchtungsanlage sowie einen Identifikations- und Aufenthaltsort, der gleichzeitig ein grüner Platz sein soll. Technisch ist die Lösung auf den engen Platzverhältnissen sicher einmalig. Ob und wie weit die Lösung funktionieren wird, wird sich erst in der Zukunft zeigen. Architektonisch stellt das Projekt aus Sicht der Fraktion kein Meisterwerk dar. Einmal mehr fehlt zwischen Planung und Umsetzung von Verkehrsanlagen das Bindeglied der Gestaltung. Die Lösung sollte nicht nur funktionieren, sondern auch gestalterischen Anforderungen genügen. Die Wiederbelebung der Funktion eines Stadtarchitekten – in welcher Form auch immer – wäre für die Stadt sicher nützlich. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, hält fest, dass die nicht alltägliche Verkehrsmassnahme zu Diskussionen führen könnte. Die Fraktion vertraut in Sachen Verkehrsmassnahmen und Verkehrsführung dem zuständigen Amt. Die optischen Massnahmen beim vorliegenden Projekt erscheinen logisch und nachvollziehbar. Die farbigen Abgrenzungen und Markierungen führen gewollt zu einer gewissen Verunsicherung der Verkehrsteilnehmenden, so dass die Konzentration erhöht und das Tempo reduziert wird. Er weist darauf hin, dass die Abschrägungen auch für ältere Menschen, für Personen in Rollstühlen oder mit Rollatoren gut überwindbar sind. Die nötigen Mittel sind im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan eingestellt. Die Fraktion unterstützt das Projekt einstimmig.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, steht hinter dem Primärziel des Projektes, nämlich die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger zu erhöhen. Die Mittelinseln sind hierfür bestimmt förderlich. Die Anrampung führt zu einer angepassten Geschwindigkeit und damit zu einer weiteren Erhöhung der Sicherheit. Das zweite Projektziel stellt aus Sicht der Fraktion das Gestaltungsziel dar. Leider ist die Fraktion Grüne in der SAKO B+L nicht vertreten und hat die Begründungen zur Gestaltung nicht erklärt erhalten. Der Fraktion entzieht sich die Magie dieses Ortes als Eingangstor in ein neues urbanes Quartier. Dass der Platz ein neues Begegnungszentrum werden soll, ist mit den vorliegenden Plänen nicht nachvollziehbar. Mit Interesse und mit einer gewissen Verwunderung hat die Fraktion von den farbigen Formen Kenntnis genommen. Die Fraktion erachtet die Erstellung eines gesamtheitlichen gestalterischen Konzeptes für Kreuzungen und spezielle Verkehrssituationen in Thun, allenfalls unter Beizug einer Fachperson, als sinnvoll. Stadtrat Hiltbold persönlich freut sich, dass die Bäume beim Projekt miteinbezogen werden und der Gemeinderat Alleen erhalten will. Die vorgeschlagene Lösung ist nicht kostengünstig, da neben dem beantragten Verpflichtungskredit noch gebundene Ausgaben anfallen. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Lukas Rohr, **Fraktion der Mitte**, beurteilt das Projekt als sehr positiv. Obwohl für einen Kreisel kein Platz besteht, hat das zuständige Amt schnell eine kreative Lösung gefunden, welche rasch umgesetzt werden soll. Es können diverse Probleme gemeinsam gelöst werden. Die Sicherheit wird erhöht und die Übergänge sind gut überwindbar für Personen mit Rollstühlen, Rollbrettern, Rollatoren und Rollschuhen. Die Fraktion freut sich, dass eine zweckmässige Lösung vorliegt und auch ein Zeichen für eine grüne Stadt gesetzt wird. Dem Antrag stimmt die Fraktion einstimmig zu.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt für die positive Aufnahme des Geschäftes. Zum Thema Gestaltung fügt er an, dass das zuständige Amt differenziert vorgeht. Bald wird der Stadtrat Gelegenheit haben sich zur Neugestaltung Aarefeldstrasse zu äussern, wo eine andere Gestaltungsart vorgeschlagen wird. Der Gemeinderat hat sich mit der Thematik Funktionalität versus Gestaltung auseinandergesetzt und hat dabei auch die Kosten beachtet. Er weist darauf hin, dass die vielen Kreisel in Thun nicht nur hohe Baukosten, sondern auch hohe Folgekosten verursachen. Mit der vorgeschlagenen Ausgestaltung und Materialisierung der Kreuzung Pestalozzi-, Waisenhaus- und Gurnigelstrasse ist später noch eine Anpassung in Form einer Steigerung möglich. Mit dem Projekt Umgestaltung Strassenraum Innenstadt, welches mit dem Bypass Thun-Nord ansteht, wird der Stadtrat Gelegenheit haben, übergeordnete Überlegungen zur Gestaltung einzubringen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Dezember 2015, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 465'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung für die bauliche Umgestaltung der Kreuzung Pestalozzi-, Waisenhaus- und Gurnigelstrasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

8. Strandbad Lachen

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 180'000 Franken für die Planung und Projektierung der Gesamtsanierung

Bericht des Gemeinderates Nr. 2/2016

Simon Werren, **SAKO B+L**, stimmt dem Verpflichtungskredit von 180'000 Franken für die Planung und Projektierung einstimmig zu. Das Strandbad liegt an perfekter Lage mit bestem Blick auf die Berge. Bauliche Massnahmen werden in den nächsten Jahren nötig sein, um das Strandbad auch zukünftig geniessen zu können.

Die **BDP-Fraktion**, so Stadtrat Werren, stimmt dem Kredit zu. Die Aufteilung von 20% Investitionen und 80% baulichen Unterhalt stuft die Fraktion als korrekt ein. So können kleinere Projekte direkt einfließen, sofort geplant und später auch noch umgesetzt werden. Die Fraktion ist überzeugt, dass es der richtige Zeitpunkt für die Umsetzung ist, auch wenn die Kosten der Gesamtsanierung hoch sind.

Manfred Locher, **SAKO BiSK**, weist auf den interessanten Vortrag von Frau Röthlisberger, Amt für Stadtliegenschaften, hin. Positiv ist, dass in der Planungsfrage diverse Nutzergruppen einbezogen werden. Aus Sicht der SAKO ist die Planungsphase sehr gut vorbereitet. Die Fragen der SAKO sind beantwortet worden. Die SAKO BiSK stimmt dem Antrag mit 5 : 0 Stimmen zu.

Die **Fraktion der Mitte**, so Stadtrat Manfred Locher, sieht im Strandbad ein Juwel der Stadt. Es soll kein Aquapark daraus entstehen, sondern seinen Charakter behalten. Es ist erfreulich, dass die Stadt im Thesenkonkurrenzverfahren den eigenen Kostenvorstellungen Gewicht gegeben hat. Er weist jedoch darauf hin, dass ein Juwel nicht in Plastik verpackt wird. Muss beispielsweise eine Wasserrutschbahn ersetzt werden, soll ein anständiger Ersatz gemacht werden. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Barbara Klossner-Beer, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt für die ausführliche Dokumentation. Das Strandbad mit seiner einmaligen Lage ist einer der schönsten und bekanntesten Plätze in Thun. Dazu Sorge zu tragen, lohnt sich. Es geht um Kosten von rund 14 Mio. Franken, wobei die Besucherinnen und Besucher von den ausgeführten Massnahmen grösstenteils nichts sehen werden. Dies ist auch richtig so, denn es handelt sich um eine Sanierung und nicht um eine Erneuerung. Es ist sinnvoll, dass, wenn Infrastrukturänderungen vorgenommen werden und der Eingangsbereich neu gestaltet werden soll, bereits weiter Richtung Hafenecken gedacht wird. Dass der Projektierungskredit nicht im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan eingestellt ist, erachtet die Fraktion als störend. Im Hinblick auf die finanzielle Lage der Stadt ist zu hoffen, dass diese Kosten im Ausführungsprojekt eingespart werden können. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass das Geschäft in der Fraktion unbestritten ist und die Fraktion dem Antrag einstimmig zustimmt. 80% der geplanten Ausführungskosten sind für die Besucherinnen und Besucher kaum sichtbar. Nur 20% der Ausgaben tragen zur Attraktivitätssteigerung bei und werden wahrgenommen. Dieser Aspekt sollte nicht vergessen gehen. Die Leitsätze im Bericht wie hohe Flexibilität inner- und ausserhalb der Badesaison, eine primäre Wassersportanlage für den Breitensport und ein ansprechendes gastronomisches Angebot im Restaurant erachtet die Fraktion als sehr wichtig. Aus Sicht der Fraktion sollte die in den Prozess einbezogene Nutzergruppe nicht nur aus Vereinen und Schulen bestehen. Die allgemeine Bevölkerung wie beispielsweise Familien sollten ebenfalls vertreten sein. Das Anliegen wurde bereits in der SAKO diskutiert. In der SAKO wurde gesagt, dass der Chefbademeister die Bedürfnisse aller Benutzergruppen kennt und er diese im partizipativen Prozess einbringen kann. Dies wird von der Fraktion keineswegs in Frage gestellt. Stadträtin Rupp Gyger macht auf unkomplizierte Verfahren wie Kundenbefragungen und Ideensammlungen auf Pinnwänden aufmerksam.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, dankt für den ausführlichen Bericht und für die Informationsveranstaltung. Die Fraktion findet es positiv, dass der Chefbademeister die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer gut kennt und er in der Planungskommission mitwirkt. Es ist zu hoffen, dass er auch Gehör finden wird. Die Fraktion Grüne stimmt dem Antrag einstimmig zu. Das Projekt sollte so umgesetzt werden wie an der Informationsveranstaltung vorgestellt. Ebenfalls sollten die Vorstösse "Mehr Strämu und Schwäber für alle" und "Attraktivitätssteigerung des Strandbads Thun" bei der Umsetzung berücksichtigt werden. Dabei geht es vor allem um die flexible Nutzung des Geländes und um die Klärung der flexiblen Öffnungszeiten. Mit abdeckbaren Becken könnte eine flexible Nutzung realisiert werden, da der Risikofaktor wegfallen würde. Besonders gefällt Stadtrat Grimm, dass richtiges Verhalten mit Animationstafeln anstatt mit Verbotstafeln gefördert werden soll. Die Fraktion unterstützt den prozesshaften Planungsvorgang und hofft, dass der Stadtrat über Teilschritte informiert wird.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt für die breite Unterstützung der allgemeinen Stossrichtung der Sanierung. Wesentlich an der Stossrichtung ist der Erhalt des heutigen Charakters des Strandbads. Was die Kosten anbelangt, hat der Rat Kenntnis genommen, dass mit einer Kostengenauigkeit von 25% gerechnet wird. Der Verpflichtungskredit für Planung und Projektierung wird sich auf jeden Fall innerhalb des Spielraums von 200'000 Franken bewegen. Dass dieser Betrag nicht im Aufgaben- und Finanzplan eingestellt ist, erachtet die SVP/FDP-Fraktion als störend. Er bestätigt, dass in der Planung auch die Zielsetzung der flexibleren Nutzung bearbeitet wird. Hierzu sind auch die betrieblichen und organisatorischen Möglichkeiten zu beurteilen. Wie im Bericht festgehalten, wird die Nutzergruppe nötigenfalls themenbezogen erweitert. Für den Einbezug erweiterter Nutzergruppen wird ein pragmatisches Vorgehen gewählt.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Dezember 2015, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 180'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung für die Planung und Projektierung der Gesamtanierung Strandbad Lachen.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

9. Motion M 4/2015 betreffend Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze

Reto Schertenleib (SVP), Fraktionen SVP/FDP und BDP vom 20. August 2015; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener weist auf die drei Hauptargumente des Gemeinderates für die Beantwortung hin. Punkt 1: Dem Gemeinderat fehlt zum heutigen Zeitpunkt ein Anlass für eine Revision. Die Motionäre beurteilen die heutige Regelung als unpraktikabel. Die Vollzugsorgane der Verwaltung sehen im Vollzug jedoch keine Probleme. Auch bei den Quartierleuten ist die Parkplatzsituation momentan kein Thema. Er betont, dass die Handwerkerparkkarte umgesetzt worden ist. Das Angebot ist differenziert und umfangreich. Eine Totalrevision würde vermutlich mehr Verlierer produzieren als Gewinner. Punkt 2: Der einzige absehbare Eingriff ist die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze mit Eröffnung der Parkhäuser City Süd und City Ost sowie mit dem Bypass Thun-Nord. Nach Inbetriebnahme des Parkhauses City Ost können weitere Massnahmen geprüft werden. Die Motion erwartet Anpassungen vor Ende 2018. Dies hätte jedoch zur Folge, dass Anpassungen ins Blaue hinaus erfolgen müssten, was sinnlos erscheint. Punkt 3: Es handelt sich aus Sicht des Gemeinderates um eine Übung am falschen Turngerät. Wer sich ein grösseres Parkierungsangebot bezüglich Fläche und/oder Zeit wünscht, sollte sich bei den bekannten Partizipationsprozessen einbringen. Ein Engagement für mehr öffentliche Parkplätze sollte im Rahmen der Ortsplanungsrevision und nicht bei der Parkierungsordnung erfolgen. Er betont, dass in der heutigen Zeit im Siedlungsbau eher autofreie Zonen als attraktiv gelten.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, ärgert sich über die Antwort des Gemeinderates. Positiv an der Beantwortung ist nur die Übersicht über die Parkgebühren. Thun befindet sich gemäss dieser Übersicht in der mittleren bis oberen Preissequenz. Es gibt 11 verschiedene Parkkartenmöglichkeiten in der Stadt. Der Gemeinderat will die Motion in ein Postulat umwandeln. Jedoch hat es einen Grund, wieso der Vorstoss als Motion eingereicht worden ist. Er erinnert an das Postulat bezüglich Perimeter-Erweiterung für Zonenparkkarten, welches der Rat gegen den Willen des Gemeinderates überwiesen hat. Bis heute wurde nichts unternommen, weil gewisse Ämter in der Verwaltung das Projekt blockieren. Der damaligen Diskussion im Rat hat er entnommen, dass einige Stadträtinnen und Stadträte die grundsätzliche Revision der Parkordnung sinnvoll finden würden. Stadtrat Schertenleib möchte mit der Motion beispielsweise vermeiden, dass jemand, der um 22:00 Uhr in Thun parkiert, sein Auto um 02:00 Uhr morgens wieder umparkieren muss. Zu den in der Antwort genannten Kosten für Ummarkierungen hält er fest, dass jeder Parkplatz von Zeit zu Zeit neu markiert werden muss. Ob zu diesem Zeitpunkt blaue oder weisse Farbe verwendet wird, spielt finanziell wohl keine Rolle. Auch die Beschilderung wird seiner Ansicht nach nicht zu hohen Kosten führen. Er kann nicht nachvollziehen, wieso das Parkplatzreglement, welches vor 12 Jahren erlassen wurde, nicht überarbeitet werden kann. Dass die Verwaltung und der Gemeinderat Argumente gegen eine baldige Anpassung finden, ist ihm bewusst. Die Motionäre stellen den Antrag, die Motion anzunehmen. Die Umwandlung in ein Postulat lehnen sie ab. Stadtrat Schertenleib appelliert an die Stadträtinnen und Stadträte, welche bei früheren Debatten die grundsätzliche Überarbeitung der Parkierungsordnung unterstützt haben, die Motion anzunehmen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, hat das Ziel der Motion nicht verstanden. Trotz seiner Nachfrage in der SAKO konnten ihm die Vertreter der SVP/FDP-Fraktion keine Erklärung zum Ziel der Motion geben. Dies führt zu Spekulationen. Er vermutet, dass persönliche Interessen hinter dem Vorstoss stecken, was durchaus erlaubt ist. Als Leistpräsident ist ihm das Problem mit den öffentlichen Parkplätzen fremd. Vielleicht beziehen sich die Schwierigkeiten jedoch nur auf einzelne Quartiere in der Stadt. Sollte das Anliegen der Motion dahin gehen, dass mehr Parkplätze an kritischen Orten geschaffen werden sollen, wäre er froh um eine klare, verständliche Formulierung. Die Fraktion ist aus politischer Sicht gegen Gratisparkplätze in der Nacht. Eine solche Regelung wäre für Bauherren von Einstellhallen oder für Investoren von Überbauungen negativ. Wer ein Auto hat weiss, dass er es nicht gratis parkieren kann. Es macht Sinn, die Überprüfung nach Eröffnung der Parkhäuser vorzunehmen. Die Fraktion befürwortet die Umwandlung in ein Postulat, wird jedoch das Postulat nicht überweisen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt Gemeinderat Hädener für seine Worte. Die Motion löst viele Emotionen aus. Die Fraktion hat die Zielsetzung des Vorstosses wie die Fraktion der Mitte auch nicht verstanden. Sie fragt sich, ob es darum geht, dass es zu wenig Parkplätze in den Quartieren hat oder ob es stört, dass Autos in der Nacht nicht gratis parkiert werden können. Von den Quartierleuten hat sie keine Antworten zum Thema Parkieren erhalten. Eventuell gibt es auch Personen, die keinen Parkplatz mie-

ten wollen, aber eine Anwohnerkarte für 20 Franken pro Monat lösen. Finden diese Personen keinen Parkplatz in der direkten Nähe ihrer Wohnung, stören sie sich an dieser Situation. Wer in Thun wohnt oder neu nach Thun zieht, kann sich bestimmt über die Parkierungsmöglichkeiten informieren. Für Personen, welche bei Freunden in Thun übernachten wollen, kann unkompliziert eine 24-Stundenkarte gelöst werden. So ist ein Umparkieren nach vier Stunden nicht nötig. Wenn die Fraktion Grüne ein Reglement oder eine Anpassung einer gesetzlichen Grundlage fordert, wird dieses Anliegen oft als zu bürokratisch bezeichnet. Es ist durchaus sinnvoll, die vor 12 Jahren in Kraft gesetzte Parkierungsordnung nach der Eröffnung der beiden Parkhäuser zu überprüfen. Der Gemeinderat hat dargelegt, wieso die Überprüfung in der laufenden Legislatur keinen Sinn macht. Wer nicht bereit ist, einen fixen Parkplatz zu mieten, will wohl eher einen günstigen Autoabstellplatz zulasten der Allgemeinheit haben. Die Fraktion ist gegen eine grundlegende Neuorganisation, da diese zu neuen Unsicherheiten führen würde. Den Vorstoss lehnt die Fraktion ab.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, unterstreicht, dass sich die Baupublikationen für Garagen und Einstellhallenplätze vervielfacht haben als bekannt wurde, dass die Stadt die Parkplätze reduzieren und die Parkplätze zentral bewirtschaften will. Die innovativen Anwohnenden und Liegenschaftsbesitzer haben in die Parkierungsmöglichkeiten investiert. Beim Postulat zur Erweiterung der Zonenparkkarten hielt Stadtrat Schertenleib fest, dass zusätzlicher Suchverkehr stattfindet, weil Parkkartenbesitzende wegen der knappen Parkplatzsituation auf Schulhausplätze ausweichen müssen. Er wurde als Leistpräsident noch nie auf die Parkplatzsituation angesprochen. Es gibt auch Privatpersonen, die ihren Einstellhallenplatz weiter vermieten anstatt ihn selber zu nutzen. Dies deshalb, weil das Parkieren mit der Zonenparkkarte so günstig ist, dass man mit der Weitervermietung des Einstellhallenplatzes Geld verdienen kann. Aus seiner Beobachtung in den Quartieren Schönau und Hohmad leitet er ab, dass rund 20% der öffentlichen Parkplätze in Quartieren von Geschäftsautos belegt sind. Wird berücksichtigt, dass die meisten der Personen, welche ein Geschäftsauto haben, auch noch über ein privates Auto verfügen, verknappt sich die öffentliche Parkplatzsituation zusätzlich. Es bräuchte seiner Meinung nach daher eher eine Untersuchung über die Belegung der Parkplätze als eine Untersuchung zur Parkplatzbewirtschaftung. Solche Untersuchungen können zu Änderungen bei den Gebühren führen, in welche Richtung ist jedoch unklar. Die Lösung mit der Zonenparkkarte ist bei den Anwohnenden weitgehend akzeptiert. Anpassungen an der Ordnung sind heikel. Die Fraktion lehnt den Vorstoss ab. Sollte er als Postulat überwiesen werden, beantragt die Fraktion die Abschreibung.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, erscheint die Antwort des Gemeinderates so, als ob der Gemeinderat grundsätzlich keine Anpassung will. Wer wissen will, was mit der Motion erreicht werden soll, muss zwingendermassen den Text der Motion lesen. Es soll unter anderem eine Gesamtanalyse über die heutige Bewirtschaftungslösung der öffentlichen Parkplätze vorgenommen werden. Eine solche Analyse liegt nicht vor. Er betont, dass in der relativ kleinen Stadt Thun 11 verschiedene Parkkarten erhältlich sind, was unsinnig erscheint. Wieso die Anpassung des Reglementes abhängig von der Eröffnung eines Parkhauses ist, kann er nicht nachvollziehen. Die Überprüfung der Parkierungsordnung könnte aus Sicht der Fraktion unabhängig davon erfolgen. Die Verwaltungsblockade, welche Stadtrat Schertenleib angesprochen hat, ist nachvollziehbar. Die beiden betroffenen Direktionen arbeiten tatsächlich nicht Hand in Hand zusammen. Die BDP-Fraktion will im Gegensatz zu Stadtrat Schertenleib keine 24-Stunden-Gratisparkplätze.

Gemeinderat Konrad Hädener hält fest, dass immer noch Widersprüche unter den Stadträtinnen und Stadträten im Raum stehen. So stört sich beispielsweise Stadtrat Aegerter am zu grossen Angebot von 11 Parkkarten, jedoch unterstützt er mit anderen Vorstössen die Einführung von weiteren, unbestrittenerweise sinnvollen, Parkkarten. Gemeinderat Hädener betont, dass die Situation mit den vorgeschlagenen Massnahmen in der Motion nicht verbessert wird.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, findet es verwaltungsökonomisch vertretbar, ein Reglement 12 Jahre nach Inkraftsetzung kritisch zu überprüfen. Zum Votum von Jonas Baumann hält er fest, dass kein Eigeninteresse hinter der Motion steht. Er unterstreicht zudem, dass er keineswegs mehr Parkplätze will. Es geht um die Erstellung einer Gesamtanalyse und um die Bewirtschaftungsform der Parkplätze. Die Zielsetzungen der Motion sind unter den Ziffern 1 bis 3 in der Motion aufgezeigt. Der Gemeinderat und die Verwaltung sollen mit der Erarbeitung eines Vorschlags beauftragt werden, welcher dem Stadtrat vor-

gelegt werden kann. Mit der Überweisung der Motion werden noch keine Änderungen erfolgen und keine Massnahmen ergriffen. Er ersucht den Rat, die Motion anzunehmen.

Der Stadtratspräsident erklärt, dass nur über die Motion abgestimmt wird, weil die Motionäre mit der Umwandlung in ein Postulat nicht einverstanden sind.

Der Rat lehnt die Motion mit 21 : 16 Stimmen ab.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger erinnert an die Besichtigung des Hochwasser-Entlastungsstollens und bittet um allfällige Anmeldungen im Anschluss an die heutige Sitzung.

Stadtratssekretär Remo Berlinger bittet die Anwesenden im Namen von Philippe Deriaz als Vertreter des OK des heutigen Abends, ihren Platz bis 20:15 Uhr einzunehmen.

Der Stadtratspräsident macht auf die Einladung zum Skitag am Samstag, 5. März 2016 aufmerksam. Er hofft auf zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Eingänge

- Interpellation I 1/2016 betreffend steigende Asylgesuchszahlen führen zu höheren Sozialhilfekosten - tickt hier eine "sozialpolitische und finanzielle Zeitbombe"?; SVP/FDP-Fraktion vom 22. Januar 2016

Verschiebungen

Auf die nächste Sitzung werden verschoben:

- Postulat P 11/2015 betreffend aktive Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge; Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Till Weber (Junge Grüne), Reto Vannini (BDP), Daniela Huber Notter (BDP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2015; Beantwortung
- Postulat P 12/2015 betreffend Erstellen eines Reisemobil-Stellplatzes auf städtischem Gebiet; Alain Kleiner, SVP/FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 20. August 2015; Beantwortung

Der Stadtratspräsident



Matthias Wiedmer

Der Stadtratssekretär



Remo Berlinger